

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **150 zusätzliche neue Stellen für Richter in der Justiz schaffen**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 1-3

Kameraler Haushalt:**Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	257.677.800	+2.647.900	260.325.700

Kameraler Haushaltsabschluss:**Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	392.655.800	+ 2.647.900	395.303.700
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-352.325.600	-2.647.900	-354.973.500

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

In einem Artikel vom 2. Januar 2019 berichtet die Frankfurter Rundschau, dass Gerichtsverfahren überlange dauern und sogar am Ende eingestellt werden müssen. Die auszuwertenden Datenmengen hätten sich über die letzten Jahre vervielfacht. Die Folge ist ein regelrechter Verfahrensstau. Es kommt zu unzumutbaren Verzögerungen im Rahmen von Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten, oder Dieselgate-Schadensersatzverfahren vor den Zivilgerichten. Haftanstalten sind überbelegt. Verdächtige müssen immer wieder aufgrund der Überlastung der Justiz ohne Verfahren auf freien Fuß gesetzt werden.

Daher fordern wir als AfD-Fraktion, 150 zusätzliche Planstellen für Richter zu schaffen. Laut der Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R wird ein lediger Richter im Jahr 2021 als Neueinsteiger monatlich 4.203 Euro verdienen (50.435 Euro im Jahr). Hinzukommen für jeden Monat Sonderzahlungen in Höhe von 5 Prozent der Bezüge, so dass mit einer tatsächlichen Jahresbruttobesoldung von 52.957 Euro zu rechnen ist. Folglich wären für 150 zusätzliche Stellen Mittel in Höhe von 7,9 Mio. Euro einzuplanen.

Angesichts der Stellenentwicklung in den letzten Jahren gehen wir davon aus, dass im Haushaltsjahr 2021 maximal 50 zusätzliche Richter eingestellt werden können. Dies entspricht Mehrausgaben von 2,7 Mio. Euro.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou